

Der Ost-Beauftragte ist nur ein Alibi-Posten

Zu „Neue Bundesregierung ohne Ost-Beauftragten?“, Thema: In der CDU ist die Notwendigkeit des Postens umstritten.

MZ vom 27. Februar

Zurecht wird vom Landesminister Sven Schulze gefordert, dass die ostdeutsche Perspektive in der künftigen Bundesregierung vertreten sein muss. Entscheidender ist aber, dass wichtige Ost-Themen künftig nicht wie bisher einfach ausgeblendet werden oder gar „das bisher Erreichte“ vom Ost-Be-

auftragten lediglich schöneredet wird. Der Ost-Beauftragte muss mehr sein als eine Alibi-Funktion. Ich hatte mit allen bisherigen Beauftragten, von Johannes Ludewig bis Carsten Schneider, in meiner ehrenamtlichen Tätigkeit als Betriebsrat in Buna und in der AG Renten beim Seniorenrat Halle zu tun. Nur wenige haben sich dabei zunächst wirklich für die Belange der Ostdeutschen eingesetzt, mussten sich letztlich aber immer ihren Vorgesetzten, den West-Ministern beugen. Der noch amtie-

rende Ost-Beauftragte Carsten Schneider, der großspurig erklärt hatte, die Einheit auf Augenhöhe vollenden zu wollen, hat für die soziale Einheit auf dem Rentengebiet nichts getan. In der Super IL-LU erklärte er 2022 sogar, „im Großen und Ganzen werden Ostrentner gerecht behandelt“, obwohl er 2011 als MdB noch in einem SPD-Bundestagsantrag mit gefordert hatte, die offenen Fragen der Rentenüberleitung endgültig zu klären. Davon wollte er aber 2022 im direkten Gespräch mit uns im

Bundeskanzleramt nichts mehr wissen. Die Benachteiligung der ostdeutschen Berufs- und Personengruppen in Bezug auf nicht gewährte Renten- und Zusatzversorgungsansprüche besteht weiter. Für seine „Leistung als Ostbeauftragter“ bekam Schneider bei der Bundestagswahl 2025 in seinem Wahlkreis 7,9 Prozent der Erststimmen. Trotzdem wird er über die Landesliste weiter im Bundestag sitzen, gute Diäten und später eine hohe Pension erhalten.

Klaus-Dieter Weißenborn, Halle

Mitteldeutsche Zeitung, 8. März 2025